

HEUTE
24.9.2014

Was heute passiert

Basel

Wie wird die Trinkwasserversorgung bei einem schweren AKW-Unfall beeinträchtigt? Der trinationale Atomschutzverband präsentiert seine Ergebnisse.

Bern

Der Nationalrat debattiert eine zweite Gotthardröhre für die Sanierung des Strassentunnels.

Fussball

In der 9. Runde der Super League spielen Zürich gegen Aarau und St. Gallen gegen Grasshoppers (beide 19.45 Uhr) sowie Sion gegen Young Boys (20.30 Uhr).

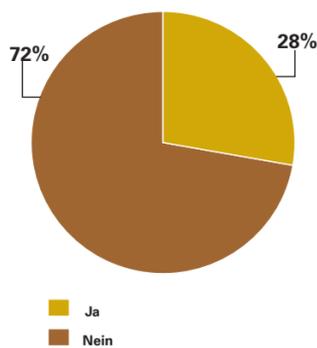
Frage des Tages

Haben Sie sich schon in einer Kirchgemeinde engagiert?

Stimmen Sie online ab unter www.zofingertagblatt.ch

Ergebnis letzte Tagesfrage

Leiden Sie an einer Phobie?



Online aktuell

Quiz: Für alle, die nicht nur rätseln, sondern auch wieder mal richtig lachen wollen, ist das «Wissen am Dienstag»-Quiz perfekt. Es geht um Skulpturen. Um bizarre Skulpturen!

Tequila: Wozu muss George Clooney 50 Kisten Tequila aus den USA nach Italien einfliegen lassen? Auf regio-live.ch erfahren Sie es!

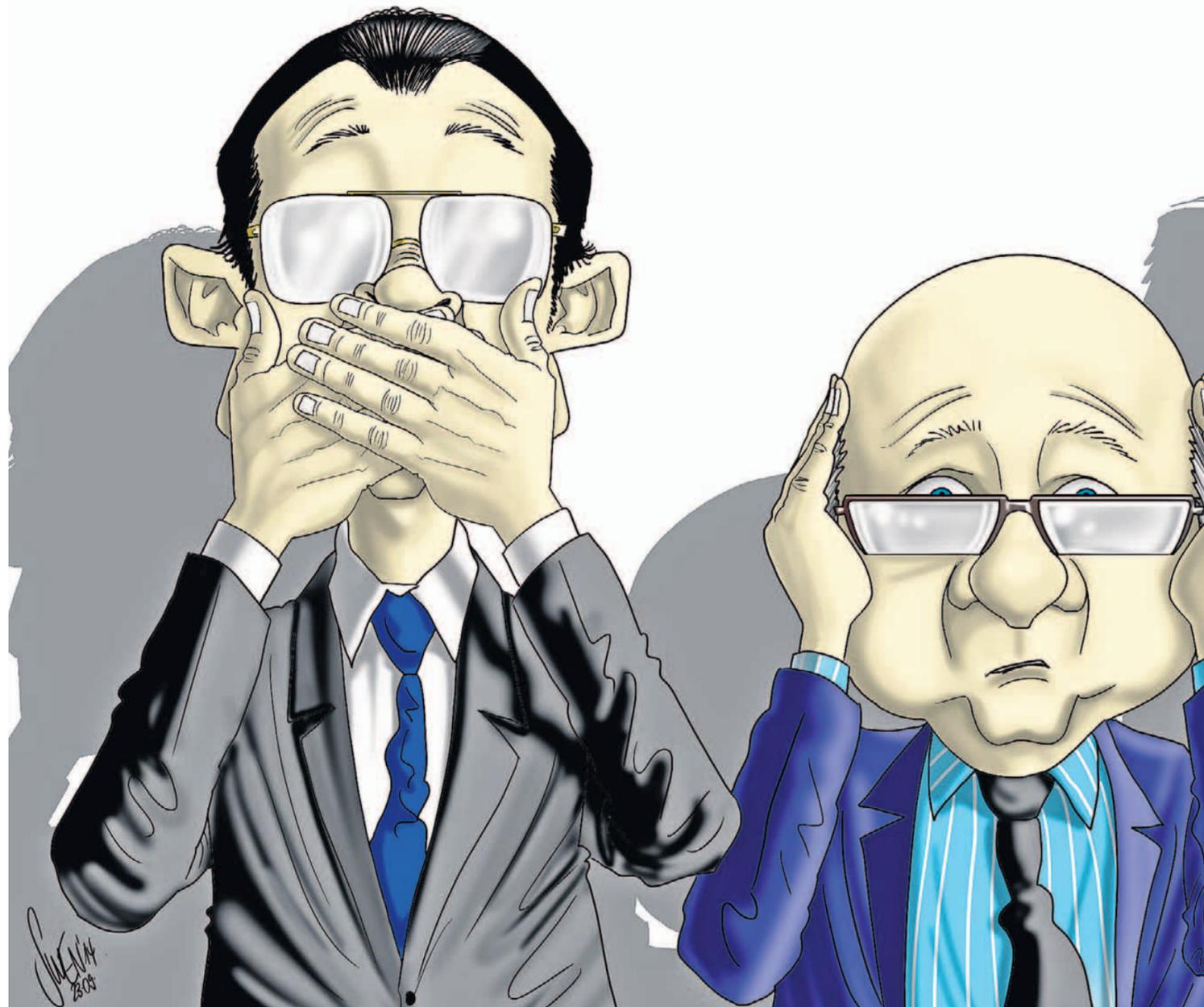
www.regio-live.ch
www.zofingertagblatt.ch

TWEET DES TAGES

Hansruedi Widmer, der frühere Mathematiklehrer und Prorektor der Kantonsschule Baden, hat eine klare Meinung zur gestern publizierten kantonalen Auswertung der Pisa-Studie 2012:

«Alle Jahre wieder: Bildungspolitiker und Journalisten ziehen wortreich Schlüsse aus einer aussagenschwachen Studie. #PISA #Sparpotenzial»

Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative Die grössten Arbeitgeber tun nichts, um mehr in



Nichts sagen, nichts hören, nichts sehen: Die grössten Schweizer Arbeitgeber hoffen, dass die Politik die negativen Folgen der Masseneinwanderungsinitiative beseitigt.

Die Zuwanderung reduzieren? Geht uns nichts an!

Ignoranz Wieso die grössten Arbeitgeber in der Schweiz seit dem 9. Februar keine Massnahmen ergriffen haben, um das Fachkräftepotenzial im Inland besser zu nutzen

VON THOMAS SCHLITTLER

Trotz Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wanderten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres unter dem Strich 37147 Menschen in die Schweiz ein. Nur im Rekordjahr 2013 war die Zuwanderung höher.

CVP-Bundesrätin Doris Leuthard macht dafür in erster Linie die Unternehmen verantwortlich: «Ich bin von der Wirtschaft enttäuscht», sagte Leuthard vor wenigen Wochen in einem Interview mit dem «Sonntags-Blick». Sie sehe noch immer keine Massnahmen zur Drosselung der Zuwanderung, die zeigen würden, dass

die Wirtschaft den Volksentscheid vom 9. Februar ernst nehme. Johann Schneider-Ammann nimmt die Unternehmer derweil in Schutz: «Die Wirtschaft hat spätestens nach dem Ja zur Zuwanderungsinitiative verstanden, dass etwas gehen muss», sagte der FDP-Bundesrat gestern.

Die Bundesräte sind sich also nicht einig, ob die Wirtschaft seit Annahme der Masseneinwanderungsinitiative genug tut, um das Fachkräftepotenzial im Inland besser zu nutzen. Bei den Parlamentariern gehen die Meinungen erst recht auseinander.

Alles bereits ausgeschöpft?

Um sich ein eigenes Bild zu machen, fragte die «Nordwestschweiz» bei den grössten Arbeitgebern der Schweiz nach, ob sie seit Annahme

der Masseneinwanderungsinitiative Massnahmen ergriffen haben, die helfen sollen, das Fachkräftepotenzial im Inland besser zu nutzen.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Keiner der angefragten Grosskonzerne hat aufgrund des Abstimmungsergebnisses Änderungen bei der Personalrekrutierung vorgenommen. Und etwas Neues aufgegleist wurde lediglich bei der Credit Suisse: Diese startet im ersten Quartal 2015 die Initiative «Real Returns», die talentierten Frauen, die aufgrund familiärer Verpflichtungen den Beruf in den Hintergrund gestellt haben, die Wiedereingliederung in die Wirtschaft erleichtern soll.

Die meisten der grossen Arbeitgeber gehen dagegen nicht einmal konkret auf die Fragen der «Nordwestschweiz» ein. Stattdessen erklären

die Grosskonzerne von ABB bis Zurich, dass von seit jeher sehr viel tun würden, um möglichst viele Fachkräfte im Inland zu finden.

Was folgt sind umfassende Beschreibungen der jeweiligen Rekrutierungsinstrumente: Die Auflistungen reichen von der Anzahl Ausbildungsplätze über Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten nach der Lehre, über familienfreundliche Arbeitszeitmodelle bis hin zu flexiblen Pensionierungslösungen.

Teilweise kommen dabei fortschrittliche Konzepte zutage: Bei ABB zum Beispiel besteht die Möglichkeit, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten. Novartis spricht mit dem Programm «Prime Force» ebenfalls gezielt ältere Mitarbeitende an, um ihr Fachwissen über das reguläre Pensi-

Initiative inländische Fachkräfte zu finden



...gt – ohne sich selbst zu hinterfragen.

POLITISCHE MASSNAHMEN

Ständerat setzt auf ältere Arbeitnehmer und Mütter

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, setzt der Bundesrat auch auf Wiedereinsteigerinnen und ältere Arbeitnehmende. Doch nach Ansicht des Ständerates wird diesbezüglich noch zu wenig gemacht. Er hiess am Dienstag zwei Postulate gut, die weitere Massnahmen fordern.

Der Ständerat verlangt einerseits die Durchführung einer nationalen Konferenz zum Thema «Ältere Arbeitnehmende». Ein entsprechendes Postulat

von Paul Rechsteiner (SP/SG) wurde mit 35 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen überwiesen.

Auch für Mütter, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben suchen, wird nach Ansicht des Ständerats nicht genug getan. Der Bundesrat muss nun prüfen, ob mit einem Konzept Wiedereinsteigerinnen gefördert werden könnten. Ein entsprechendes Postulat von Konrad Graber (CVP/LU) wurde stillschweigend überwiesen. (SDA)

onsalter hinaus in der Firma zu behalten. Zudem unterstützt der Basler Pharmariese in einer Kooperation mit der Universität St. Gallen das Projekt «Woman Back to Business», das Frauen adressiert, die wieder in den Beruf einsteigen möchten.

Doch alle diese gut gemeinten Massnahmen haben das gleiche Problem: Sie bestehen schon seit langem und konnten die Zuwanderung der letzten Jahre nicht eindämmen – was schliesslich die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative zur Folge hatte.

Hoffen auf die Politik

Es ist also eine Tatsache, dass die Grosskonzerne seit dem Ja am 9. Februar untätig geblieben sind. Aus den umfangreichen Antworten ist herauszulesen, dass die meisten darauf hoffen, sich auch in Zukunft ohne grosse Einschränkungen auf dem europäischen Arbeitsmarkt bedienen zu können. So schreibt etwa Nestlé: «Als multinationales Unternehmen sind wir darauf angewiesen, international rekrutieren zu können.»

Schwierig einzuschätzen ist, ob die Grosskonzerne tatsächlich bereits seit Jahren alles in ihrer Macht stehende tun, um den Schweizer Arbeitsmarkt voll auszuschöpfen. Von aussen betrachtet, bleibt auf jeden Fall der Eindruck, dass sie sich bei Zuwanderungsfragen auf folgende Taktik geeinigt haben: Nichts sehen, nichts hören und nichts sagen.

Mildernd ist zu sagen, dass sich mittlerweile zumindest die Wirtschaftsverbände tatkräftig um Lösungen bemühen. So schreibt der Arbeitgeberverband auf Anfrage: «Wir wollen unseren Beitrag dafür leisten, dass vermehrt inländische Arbeitskräfte wieder ins Erwerbsleben einsteigen können oder dort verbleiben.» Einfach sei das aber nicht: Viele Frauen möchten kein 100- oder 80-Prozent-Pensum. Und viele ältere Personen hätten sich dagegen entschieden, bis 65 Jahre oder älter zu arbeiten. «Unsere Bemühungen können deshalb nicht in wenigen Wochen und Monaten die Erwerbsquote erhöhen», so der Arbeitgeberverband.

DAS SAGEN DIE FIRMAN

Die grössten Arbeitgeber in der Schweiz

Arbeitgeber	Angestellte weltweit	Angestellte Schweiz
Migros-Gruppe	94 276	81 077
Coop-Gruppe	74 955	50 969
Post	44 105	37 326
SBB	30 977	29 638
UBS	60 205	21 720
Credit Suisse	46 000	17 900
Swisscom	20 108	17 362
Swatch Group	33 590	15 800
Novartis	135 696	15 177
ISS	530 000	12 000
Roche	85 080	11 500
Nestlé	333 000	10 488
Richemont	29 860	8 709
ABB	56 565	7 000
Zurich	56 565	7 000

Quelle: Handelszeitung/Unternehmen



«Novartis hat im Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative kein spezielles Programm zur Förderung der inländischen Arbeitskräfte eingeführt.»



«Roche nutzt den Schweizer Arbeitsmarkt aufgrund des hohen Ausbildungsniveaus im Land bereits sehr gut.»



«ABB Schweiz engagiert sich bereits heute schon stark.»



«Swatch Group nutzt und fördert das Fachkräftepotenzial im Inland von jeher voll.»

Bundeskanzlerin fällt Bundesrat in den Rücken

Wahlbeobachtung Der Bundesrat will das Gesetz über politische Rechte internationalen Standards anpassen. Doch der Nationalrat sperrt sich dagegen - unterstützt von Bundeskanzlerin Corina Casanova.

VON ANNA WANNER

Geht es um Wahlbeobachtung, verhält sich die Schweiz wenig konsequent. Sie entsendet zwar Wahlbeobachter in Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Selbst hält sie die Empfehlungen der OSZE aber nicht ein. So beauftragte externe Wahlbeobachter 2007 und 2011, dass in der Schweiz keine gesetzliche Grundlage bestehe, die Wahlbeobachter überhaupt zulasse. Der Bundesrat wollte diesem Umstand Rechnung tragen und fügte der Änderung des Bundesgesetzes über politische Rechte einen entsprechenden Artikel hinzu.

Die Mehrheit des Nationalrats hält dies allerdings für unnötig. Dass Wahlen hierzulande korrekt ablaufen, bestreitet niemand. Der Berner SVP-Nationalrat Rudolf Joder argumentiert ausserdem, es sei nicht Sache der OSZE, der Schweiz Gesetze aufzuerlegen. «Es bedarf einer minimalen Notwendigkeit, um ein Gesetz zu machen.» Diese sehe er nicht.

Empfehlung gegen Bundesrat

Vor einer Woche verteidigte Bundeskanzlerin Corina Casanova den besagten Gesetzesartikel noch. Der Bundesrat sei überzeugt, dass Wahlbeobachtungen zum Vertrauen beitragen, sagte sie. Auch stehe es der Schweiz gerade im Jahr der OSZE-Präsidentschaft gut an, die Wahlbeobachtung endlich gesetzlich zu verankern. Der Nationalrat schlug ihr den Wunsch jedoch aus und strich den Artikel aus dem Gesetz.

Daraufhin änderte Casanova ihre Meinung und stellte sich gegen den Vorschlag des Bundesrats. Der Grund? Der Nationalrat habe mit 128:58 Stimmen den Artikel streichen wollen. Die Chancen, dass dieser noch nachgeben werde, seien eher klein, erklärte sie dem Ständerat bloss drei Tage später.

«Wegen dieser Differenz sollte man nicht die ganze Vorlage gefährden», redete sie der kleinen Kammer ins Gewissen und empfahl, den Artikel zu streichen.

Von den Ständeräten kassierte sie dafür eine Klatsche. Mit 37:5 Stimmen hielten sie am Artikel fest. Kommissionssprecherin Christine Egerszegi konnte sich einen Kommentar zum Meinungswandel der Kanzlerin nicht verkneifen: «Ich habe das jetzt mit Er-

«Wir schliessen uns ja dem Bundesrat an und gingen davon aus, dass auch die Bundeskanzlerin diese Haltung vertreten würde.»

Christine Egerszegi Ständerätin

staunen gehört», sagte die Aargauer Freisinnige. «Wir schliessen uns ja dem Bundesrat an und gingen eigentlich davon aus, dass auch die Bundeskanzlerin diese Haltung vertreten würde.»

Einigungskonferenz ist gefragt

Das Gesetz ist noch immer nicht zu Ende beraten. Gestern hielt der Nationalrat einstimmig an seiner Position fest. Jetzt muss die Einigungskonferenz eine gemeinsame Lösung finden, um den Absturz der gesamten Gesetzesrevision zu verhindern. Casanova gab deshalb zu Protokoll, für den Bundesrat sei es zweitrangig, ob die Wahlbeobachtung ausdrücklich im Gesetz verankert werden soll - Hauptsache, das Gesetz komme durch.



Corina Casanova.